



LAG Jungen*- und
Männer*-arbeit Baden-
Württemberg e.V.
lag-jungenarbeit.de



Haeberlinstr. 1-3;
70563 Stuttgart
Fon 0160 8441659
maennlichkeiten-bw.de



Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen*- und Männer*-arbeit Baden-Württemberg

Familienpolitik ist immer auch Gleichstellungspolitik - Ohne soziale Sicherheit keine Gleichstellung!

Die geplanten Kürzungen beim Kindersofortzuschlag sowie die angekündigten Veränderungen beim Elterngeld und der Grundsicherung sind nicht nur finanz- und sozialpolitische Entscheidungen. Sie greifen unmittelbar in die Lebenslagen von Kindern, Jungen*, Männern*, Vätern und Familien ein. Damit beeinflussen sie zugleich die Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Als Landesarbeitsgemeinschaft Jungen*- und Männer*-arbeit Baden-Württemberg bewerten wir diese Entwicklungen aus der Perspektive geschlechter- und diversitätsbezogener Sozialer Arbeit.

Familienpolitik ist immer auch Gleichstellungspolitik. Politische Entscheidungen, die soziale Sicherheit schwächen, können bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärken und gleichstellungspolitische Fortschritte erschweren. Deshalb dürfen familien- und sozialpolitische Reformen nicht ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten bewertet werden.

Kinderarmut ist auch eine geschlechterpolitische Frage

Kinder- und Jugendarmut betrifft alle Kinder – ihre Folgen sind jedoch nicht geschlechtsneutral. Jungen* reagieren auf Armut, Perspektivlosigkeit und gesellschaftliche Ausgrenzung teilweise anders als Mädchen*. Bildungsabbrüche, Rückzug, externalisierendes Verhalten oder die Orientierung an traditionellen Männlichkeitsvorstellungen können zunehmen.

Wer Kinderarmut wirksam bekämpfen will, muss deshalb auch geschlechterbezogen handeln. Die Annahme, alle Kinder profitierten gleichermaßen von denselben Maßnahmen, greift zu kurz. Geschlechterreflektierte Jungen*arbeit ist kein Spezialangebot, sondern ein wichtiger Bestandteil wirksamer Armutsprävention.

Krisen fördern Retraditionalisierung

Gleichstellung entsteht nicht von selbst. Sie braucht wirtschaftliche Sicherheit, verlässliche Sozialleistungen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

Stehen Familien dauerhaft unter finanziellem Druck, greifen sie häufig auf traditionelle Rollenarrangements zurück. Männer* übernehmen verstärkt die Rolle des Ernährers, Frauen* einen größeren Teil der Sorge- und Familienarbeit. Politische Entscheidungen, die soziale Sicherheit



LAG Jungen*- und
Männer*arbeit Baden-
Württemberg e.V.
lag-jungenarbeit.de



Haeberlinstr. 1-3;
70563 Stuttgart
Fon 0160 8441659
maennlichkeiten-bw.de



schwächen, können diese Entwicklung verstärken und gleichstellungspolitische Fortschritte erschweren.

Familienpolitik muss sich deshalb daran messen lassen, ob sie partnerschaftliche Sorgearbeit stärkt oder traditionelle Geschlechterverhältnisse weiter verfestigt.

Soziale Infrastruktur ist Präventions- und Gleichstellungspolitik

Gerade in Krisenzeiten wächst der Bedarf an Beratung, Bildung und Prävention. Deshalb dürfen Einsparungen auf Bundesebene nicht zu einer Schwächung der kommunalen und freien sozialen Infrastruktur führen.

Geschlechter- und diversitätsbezogene Angebote wie Jungen*arbeit, Männer*beratung, Väterarbeit, Gewaltprävention und Familienbildung sind keine freiwilligen Zusatzleistungen. Sie gehören zur sozialen Daseinsvorsorge. Sie stabilisieren Familien, fördern partnerschaftliche Verantwortung, eröffnen Jungen* und Männern* vielfältige Lebensentwürfe und tragen dazu bei, Gewalt vorzubeugen.

Wer in Prävention spart, spart am falschen Ende. Kurzfristige Einsparungen verursachen langfristig höhere soziale Folgekosten und verschlechtert die Voraussetzungen für Gleichstellung. Soziale Sicherheit ist deshalb eine Voraussetzung für nachhaltige Gleichstellungspolitik.

Aus unserer Sicht sind folgende Schritte notwendig

Wir fordern Bund und Länder auf, familien- und sozialpolitische Entscheidungen konsequent auf ihre Auswirkungen für Kinder, Geschlechtergerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu prüfen.

Dazu gehören insbesondere:

- keine Kürzungen zulasten armutsbetroffener Kinder und Familien,
- ein Elterngeld, das partnerschaftliche Sorgearbeit tatsächlich ermöglicht,
- eine verbindliche geschlechter- und diversitätssensible Folgenabschätzung familien- und sozialpolitischer Reformen,
- eine verlässliche Förderung geschlechterreflektierter Jungen*- und Männer*arbeit,
- der Ausbau von Väterarbeit, Familienbildung und geschlechterbezogener Gewaltprävention,
- die Qualifizierung von Fachkräften sowie die kontinuierliche Beobachtung geschlechter- und diversitätsbezogener Auswirkungen sozialer Ungleichheit,
- eine stärkere Vernetzung der Fachpraxis in Baden-Württemberg.



LAG Jungen*- und
Männer*arbeit Baden-
Württemberg e.V.
lag-jungenarbeit.de



Haeberlinstr. 1-3;
70563 Stuttgart
Fon 0160 8441659
maennlichkeiten-bw.de



Verantwortung des Landes Baden-Württemberg

Auch wenn zentrale familienpolitische Leistungen auf Bundesebene geregelt werden, trägt das Land Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung. Wo bundespolitische Entscheidungen soziale Risiken erhöhen, muss das Land präventive Strukturen stärken statt abbauen.

Dazu gehören die dauerhafte Absicherung von Jungenarbeit, Männerberatung, Väterarbeit, Familienbildung sowie kommunalen Präventions- und Beratungsangeboten. Ebenso sollten die Expertise der Landesarbeitsgemeinschaften und die Erkenntnisse geschlechter- und diversitätsbezogener Sozialer Arbeit systematisch in familien-, sozial- und gleichstellungspolitische Entscheidungen einbezogen werden.

Unsere Position

Gleichstellung wird nicht allein durch Gesetze verwirklicht. Sie entsteht im Alltag von Familien. Sie entsteht dort, wo Jungen* vielfältige Männlichkeiten kennenlernen, Männer* Verantwortung übernehmen können, Väter Zeit für ihre Kinder haben und Familien in Krisenzeiten Unterstützung erfahren.

Jungen*arbeit, Männer*beratung, Väterarbeit, Gewaltprävention und Familienbildung sind deshalb keine freiwilligen Leistungen. Sie sind Bestandteile einer modernen Familien-, Präventions- und Gleichstellungspolitik.

Wer Gleichstellung stärken will, muss soziale Sicherheit stärken. Wer soziale Sicherheit stärkt, stärkt Familien, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb dürfen geschlechter- und diversitätsbezogene Angebote gerade in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Unsicherheit nicht geschwächt, sondern müssen gezielt ausgebaut werden.

Für die LAG J*M*BW e.V.

Carlo Peduto-Brixner; Kai Kabs-Ballbach; Florian Hahn

Der Vorstand